

CSU kritisiert Gabriels Verhalten in BND-Affäre

Unionsfraktionschef Kauder: SPD belastet die Koalition

MÜNCHEN/BERLIN – Nach den Attacken der SPD-Spitze gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel in der BND-Affäre mahnt die Union ihren Koalitionspartner zu staatspolitischer Verantwortung. Das Verhalten von SPD-Chef Sigmar Gabriel sei in Form und Stil in einer Koalition inakzeptabel, sagte der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer am Montag in München. „Das entspricht nicht der Staatsverantwortung, die eine Regierungspartei hat.“ Unionsfraktionschef Volker Kauder nannte die „schrillen Töne aus der SPD-Parteizentrale“ eine Belastung für das schwarz-rote Bündnis. „So geht man nicht miteinander um in einer Koalition.“ Auch in der CDU-Spitze hieß es, jeder müsse an die staatspolitische Verantwortung denken. Das Thema eigne sich nicht zum parteipolitischen Schlagabtausch.

Gabriel hatte Merkel aufgefordert, gegenüber den USA Rückgrat zu zeigen und die Spählisten des Geheimdienstes NSA notfalls auch gegen den Willen der Amerikaner freizugeben. Deutschland sei weder unmündig noch Befehlsempfänger. Auch der Koordinator für die transatlantischen Beziehungen, Jürgen Hardt (CDU), forderte, die Regierung solle dem Bundestag auch bei einem Nein der USA Einsicht in die Listen geben.

Dabei geht es um Suchbegriffe, die die NSA auch zur Spionage gegen europäische Regierungen und Unternehmen genutzt haben soll. Der BND steht im Verdacht, den USA dabei geholfen zu haben. Gabriel hatte gefordert, die Vorwürfe der Wirtschaftsspionage auszuräumen, sonst sei dies eine „Staatsaffäre“.

Deutschland verhandelt derzeit mit den USA, ob und in welchem Rahmen Einblick in die Listen genommen werden darf. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, nach Abschluss dieser Konsultationen werde die Regierung eine Entscheidung treffen. Dabei spielten völkerrechtliche Verpflichtungen ebenso eine Rolle wie die bestmögliche Unterstützung der Untersuchungsgremien und Sicherheitsaspekte. Merkel werde einen geeigneten Weg finden. Außenamtssprecher Martin Schäfer sagte, es sei möglich, die von den Geheimdiensten verlangte Vertraulichkeit mit dem berechtigten Aufklärungsinteresse von Bundestag und Öffentlichkeit in Einklang zu bringen. **trr**

Ukraine nimmt russische Soldaten im Donbass fest

KIEW – In der Ostukraine sind nach Regierungsangaben zwei russische Soldaten verwundet und gefangen genommen worden. Die beiden Männer würden vom ukrainischen Sicherheitsdienst verhört und nach Kiew gebracht, erklärte der ukrainische Generalstab. In der ukrainischen Hauptstadt würden sie den Medien vorgeführt, sagte Sprecher Wladislaw Seslesnow. Moskau und die Separatisten beuerten, es handle sich nicht um russische Soldaten.

Die Männer sollen am Sonntag im Ort Schtschastia unweit der Frontlinie vom Freiwilligen-Bataillon Aidar in Gewahrsam genommen worden sein. Ein Sanitäter der Einheit sagte, die Russen seien in der Nähe eines Kraftwerks in Gefangenschaft geraten. Einer der beiden sei an der Schulter getroffen gewesen, der andere am rechten Bein. Sie hätten Angst gehabt, die Ukrainer würden sie betäuben und ihnen Organe aus dem Körper entnehmen.

Der ukrainische Militärsprecher Andrej Lyssenko sagte, Russland könne seine militärische Präsenz in der Ukraine nicht länger leugnen. „Sie waren in einem Einsatz und sie haben unsere Leute getötet“, sagte er. Das Lugansker Informationszentrum – ein Sprachrohr der Separatisten – erklärte dagegen, bei den Festgesetzten handle es sich um Polizisten aus Lugansk. Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin sagte am Montag: „Wir haben wiederholt gesagt, dass es keine russischen Truppen im Donbass gibt.“ Als im vergangenen Jahr mehrere russische Soldaten auf ukrainischem Territorium in die Hände der Regierungstruppen fielen, hatte Putin erklärt, sie hätten sich verlaufen. Am Sonntag hatte der ukrainische Abgeordnete Anton Heraschtschenko ein Video auf Facebook gestellt, das ein Verhör von einem der Männer zeigen soll. Zu sehen ist ein in einem Krankenhausbett liegender junger Mann, der sich als Offizier Alexander Alexandrow von einer russischen Spezialeinheit der Stadt Toljatti vorstellt. **AP**

Das Baltikum zwischen Stolz und Sorge

Die drei kleinen EU-Länder im Nordosten fürchten die russische Expansionspolitik

■ VON JOCHIM STOLTENBERG AUS TALLINN

TALLINN – „Ich habe den Tank meines Autos jetzt immer zumindest halb voll, um das Land zu verlassen. Man weiß ja nicht, was die Russen vorhaben ...“, erzählt eine Lettin in einer heimischen TV-Talkrunde. Eine Mutter, deren Kind in der Hauptstadt Riga einen internationalen Kindergarten besucht, beneidet die ausländischen Mütter: „Sie können im Zweifelsfall schnell ausreisen.“ Und im benachbarten Estland, dem kleinsten der drei Baltenstaaten mit gerademal 1,3 Millionen Einwohnern, sorgt sich der frühere Botschafter des Landes in Berlin und heutige Staatssekretär im Tallinner Außenministerium, Dr. Mart Laanemäe, um die Zukunft auch seines Landes. „Es hat sich in den 25 Jahren unserer neu gewonnenen Unabhängigkeit alles so schön entwickelt. Jetzt geht die Sorge um, dass die Russen kommen und uns alles wieder wegnehmen.“ Sorgen, die auch beim gegenwärtigen Staatsbesuch des estnischen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves in Berlin zur Sprache kommen.

Wer dieser Tage Lettland, das bis Ende Juni noch die EU-Ratspräsidentschaft innehat, und Estland besucht, kann beides beobachten: Stolz auf die demokratischen und wirtschaftlichen Reformen, auf die Mitgliedschaft in EU, im Euro-Klub und in der Nato, aber eben auch die Furcht vor dem übermächtigen Nachbarn Russland und damit vor Putins langem Arm.

Seit der Ukraine-Krise, verschärft nach der Krim-Annexion, sind sich die Balten ihrer neuen Freiheit nicht mehr ganz sicher. Es liegt nicht allein daran, dass sie sich wie die Ukraine 1990 dem sowjetischen Imperium entzogen und ihre Unabhängigkeit verkündeten. Die größere Bedrohung wird im immer noch hohen Anteil ethnischer Russen in den baltischen Staaten gesehen.

Moskaus fünfte Kolonne?

In Lettland sind von den knapp zwei Millionen Einwohnern ein knappes Drittel russischsprachig, von den 1,3 Millionen Esten sogar etwa 34 Prozent. Geschuldet ist dieser hohe russische Bevölkerungsanteil der einstigen sowjetischen Besatzungspolitik. Sie zielte auch darauf ab, Kultur und Sprache der Balten zu eliminieren. Jetzt versucht Moskau wieder verstärkt, über vom Kream gelenkte Fernsehsender Einfluss zu nehmen. Mit populären Unterhaltungssendungen, die zwischen den Nachrichten platziert werden, die von Manipulationen nur so strotzen. Die Einschaltquoten unter den Russen sind derart hoch, dass sich die Regierung in Tallinn genötigt sieht, das ausschließlich in estnischer Sprache sendende offizielle Fernsehen des Landes um einen speziellen russischen Kanal zu erweitern, um das Informationsmonopol Moskaus zu brechen.

Das Russen-Drittel – Moskaus fünfte Kolonne? Das behaupten bei allem Misstrauen allenfalls rechte Nationalisten. Es hat sich, so ein westlicher Diplomat, eine Parallelgesellschaft entwickelt, ein friedliches Nebeneinander der Ethnien. Zwischen beiden Lagern stehe die Geschichte: hier die sowjeti-



Wünscht sich mehr deutsches Engagement Der estnische Präsident Hendrik Ilves zu Besuch bei Bundespräsident Joachim Gauck

sche Besatzung, da das Leid in fast jeder estnischen wie lettischen Familie. Das eröffnet in Zeiten der Krisen Raum für Befürchtungen und Anschuldigungen. Bis hin zur Angst vor den Landsleuten eines übermächtigen Nachbarn, der in der Ukraine vorführt, wie er mit unbotmäßigen einstigen Untertanen umgeht und wie er meint, zum vermeintlichen Schutz seiner Landsleute jenseits der eigenen Grenze eingreifen zu dürfen.

Dennoch sei die Gefühlslage der Menschen zumindest in Estland in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden, sagt der gerade mal 35 Jahre alte Ministerpräsident Estlands, Taavi Roivas. Und das habe vor allem mit dem neuen Engagement der Nato im Baltikum zu tun. Aber es bleibe eine Grund Sorge vor der Zukunft, weil sich nicht prognostizieren lässt, was Putin wirklich im Schilde führt. Es gäbe zu viele widersprüchliche Äußerungen aus unterschiedlichen Kreml-Quellen, die keine verlässliche Strategie Putins auch gegenüber den baltischen Staaten erkennen lasse. Aber zumindest in einem Punkt habe sich Putin verkalkuliert: „Jetzt stehen Nato und Amerikaner an Russlands Grenze“, sagt der smarte junge Regierungschef und Vorsitzende der liberalen Reformpartei.

Die Aussicht von Roivas Amtssitz hoch oben auf dem Tallinner Domburg ist imposant: über die zum Weltkultur-

erbe gekürte mittelalterliche Altstadt bis hinaus zur Ostsee. Damit können Estlands Ministerpräsidenten alle Gäste beeindruckt. Nur einem wurde der Blick verwehrt. Wem? Roivas schweigt, nickt aber lächelnd, als aus der Journalistenrunde des Berliner Presseclubs der Name Obama fällt. Dessen Sicherheitsleute hatten Bedenken.

Auch in den beiden anderen baltischen Staaten, die übrigens sprachlich, historisch und auch vom Naturell her wenig gemein haben und nur in Nato, EU und Euro wirklich vereint sind, haben sich die Sorgen um ihre Sicherheit verringert, seit das westliche Verteidigungsbündnis die Bedrohungslage für das Baltikum angesichts der Lage in der Ukraine neu bewertet und militärisch reagiert hat. „Air Policing“ heißt das neue Schlüsselwort – eine konsequente Luftraumüberwachung, die seit 2014 auch vom neuen estnischen Stützpunkt Ämari, etwa 70 Kilometer südwestlich Tallinns, geflogen wird.

In beispielhaftem solidarischen Beistand übernehmen Luftwaffen der Bündnispartner den Schutz des Lufttraums der drei kleinen Mitgliedsländer, die selbst keine Kampfflugzeuge haben. Sobald russische Maschinen auf dem Flug von St. Petersburg etwa nach Königsberg durch den schmalen internationalen Korridor den Luftraum eines der drei Staaten verletzen, heben die

aufgerüsteten Nato-Jäger ab, um die Eindringlinge abzuwehren.

Was sich dramatisch anhört, ist bislang für die Beistand leistenden Luftwaffen der Bundeswehr, Spaniens und seit dem 1. Mai der britischen Royal Airforce eher glimpflich abgelaufen. Glaubt man dem spanischen Pressesprecher Francesco Elisa, gleicht die Aktion zur Zeit eher einem Katz und Mausspiel. „They don't look for conflicts“, sie suchten nicht die Konfrontation, sagt er über die russischen Piloten. Aber immerhin näherten sich die Maschinen bis auf Blickkontakt, manchmal wird sich sogar zugelächelt.

Nato-Präsenz gilt als Versicherung

Die Russen haben offensichtlich verstanden, dass es die Nato ernst meint mit ihren Bündnisverpflichtungen. Dafür sorgt auch ein neues Manövergelände nahe der russischen Grenzen, auf dem Nato-Einheiten mit dem schwachen estnischen Heer üben. Eine sichtbare Nato-Präsenz gilt als beste Versicherung gegenüber Putins Expansionsgelüsten. „Wir vertrauen auf die Nato. Dass das Bündnis im Ernstfall seinen Verpflichtungen zum Beistand nachkommt, liegt doch im Interesse aller Mitglieder. Wenn das nicht funktioniert, ist es das Ende aller kollektiven Sicherheit“, beruhigt Estlands Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves sich und die Seinen. Verträge und Regeln müssten eben eingehalten werden; in der Sicherheitspolitik wie in der Finanzpolitik. „Da sind wir Esten deutscher als die Deutschen“, bekräftigt der Präsident mit deutlichem Seitenhieb auf Griechenland.

Von Deutschland erhoffen sich Letten wie Esten ohnehin mehr Engagement. „Manche Politiker und Medien vergessen manchmal, dass es uns gibt.“ Auch das sagt das Staatsoberhaupt des 1,3 Millionen Volkes. Lange seien für die Deutschen gute Beziehungen zu Moskau wichtiger gewesen als zu den kleinen Nato- und EU-Partnern an Russlands Grenzen. Dass sich das zumindest ein wenig geändert hat, belegt gerade der Staatsbesuch Ilves' in Berlin.

Spitzentreffen in Riga

Osteuropa Am kommenden Donnerstag und Freitag findet im lettischen Riga ein Gipfeltreffen der sechs Staaten der östlichen Partnerschaft statt. Das sind die Ukraine, Weißrussland, Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Das eigentliche Thema des Treffens ist Osteuropa.

Griechenland Unabhängig von der eigentlichen Tagesordnung will der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras den versammelten Spitzenpolitikern der Europäischen Union mehr Einsatz für eine Einigung bei den Gesprächen zwischen Athen und seinen Gläubigern abverlangen.

Verhandlungen Die EU-Kommission dämpft Erwartungen, wonach in Riga eine Lösung im griechischen Schuldenstreit gefunden werde könne. Der Gipfel könne kein Ersatz sein für Verhandlungen zwischen Geldgebern und Vertretern Athens sein. Das machte der Sprecher der Behörde deutlich.

Im Kampf gegen den IS ist Iraks Armee das Hauptproblem

Jahrelanges Training der US-Ausbilder wirkungslos. Teures Militärequipment auf der Flucht an den IS verloren

■ VON ALFRED HACKENBERGER AUS ANBAR

ANBAR – Fahrzeuge und Häuser stehen in Brand. Leichen liegen in den Straßen oder treiben im Wasser des Euphrats. Sie wurden Opfer der „Säuberungsaktion“ der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Die sunnitischen Extremisten haben am Wochenende Ramadi, die Hauptstadt der irakischen Provinz Anbar, erobert.

Die letzten Truppen der irakischen Regierung waren am Sonntag aus dem Ort geflohen, der seit letzten Sommer umkämpft ist. „Ramadi ist gefallen“, sagt Muahannad Haimour, der Sprecher des Gouverneurs der Provinz Anbar. „Über 500 Menschen sind im Laufe der letzten Tage getötet worden. Rund 8000 dürften die Stadt verlassen haben.“ Viele von ih-

nen sind Hals über Kopf mit ihren Habseligkeiten entkommen.

Im März hatte die irakische Armee eine groß angelegte Offensive gegen die IS-Terrormiliz gestartet. In deren Verlauf sollte auch die Anbar-Provinz befreit werden, in der sich die Extremisten seit über einem Jahr eingenistet haben. Die sunnitischen Extremisten scheitert und unterstreicht erneut die Unfähigkeit der irakischen Armee. Ihre Reputations hatte sie mit dem Fall von Mossul und der anschließenden Invasion des Iraks durch IS-Kämpfer längst verloren.

Die Regierungssoldaten waren kurzzeitig davongelaufen, als sie hörten, die Terrormiliz sei im Anmarsch. Vom jahrelangen Training der US-Ausbilder war damals nichts zu spüren. Millionen von Dollar waren in den Aufbau einer moder-

nen Armee für den neuen Staat Irak nach dem Fall Saddam Husseins ausgegeben worden. Die Invasion der sunnitischen Radikalen zeigte, es war alles umsonst. Obendrein wurde teures Militärequipment an den IS verloren, das die USA in großem Umfang geliefert hatten.

Auch heute noch werden irakische Soldaten von amerikanischen Ausbildern trainiert. Aber die Qualität der Truppe scheint das nur unwesentlich zu heben. Hinzu kommt eine fehlerhafte Logistik. Aus Bagdad wird nur unzureichend Nachschub geschickt. Den Soldaten ist an der Front in Ramadi schlicht die Munition ausgegangen.

Am Donnerstag hatten die IS-Dschihadisten ihren Angriff gestartet, am Sonntag waren sie schon im Stadtzentrum. Weit mehr als 20 Selbstmordat-

tentate mit sprengstoffbeladenen Fahrzeugen sollen den Weg frei gebombt haben. Aber diese Militärtaktik des IS ist im Irak seit Langem bekannt. Wie kann man darauf nicht vorbereitet sein?



Unkoordiniertes Agieren Polizei und Milizen kämpfen in Ramadi gegen den IS

Nachrichten

FRANKREICH

Polizisten wegen Todes von Jugendlichen freigesprochen

Zwei Polizisten sind von einer Mitschuld am Tod zweier Jugendlicher bei Unruhen in einem Pariser Vorort vor zehn Jahren freigesprochen worden. Die beiden muslimischen Teenager waren auf der Flucht vor der Polizei in ein Elektrizitätswerk gerannt und hatten dort im Oktober 2005 einen tödlichen Stromschlag erlitten. Das Gericht in Rennes urteilte am Montag, die beiden Beamten seien für den Tod der Teenager nicht verantwortlich. Nach dem Tod der Jugendlichen war es drei Wochen lang zu Unruhen in Pariser Problemvororten mit einem hohem Anteil muslimischer Einwohner gekommen.

SAUDI-ARABIEN

Frauen verlangen einen „gläsernen“ Gatten

Frauen in Saudi-Arabien wollen ein Recht auf Informationen über ihren künftigen Ehemann durchsetzen. Mehrere Klägerinnen aus der Stadt Abha verlangen laut der Zeitung „Arab News“ (Montag), dass der zuständige Scheich Einsicht etwa in Polizei- und Krankenakten über den Bräutigam erhält und diese Angaben an die Braut weitergeben kann, bevor diese in den Ehevertrag einwilligt. Die Familienanwältin Najwa Salah sagte, eine Kenntnis der persönlichen Biografie für beide Seiten könne helfen, die Scheidungsrate zu senken.

LIBYEN

170 Tunesier in Tripolis festgehalten

Etwa 170 Tunesier sind laut Medienberichten und Augenzeugen in der libyschen Hauptstadt Tripolis festgenommen worden. Wie aus dem Außenministerium in Tunis verlautete, laufen derzeit intensive Bemühungen um die Freilassung der tunesischen Gastarbeiter. Sie werden offenbar festgehalten, um die Freilassung eines libyschen Milizenführers zu erzwingen, der in Tunesien festgenommen worden ist. Die Gastarbeiter werden den Berichten zufolge seit Sonnabend festgehalten. Tunesien ist im Libyen-Konflikt neutral.

TÜRKEI

Explosionen in Gebäuden der Oppositionspartei HDP

Bei zwei Explosionen in Gebäuden der prokurdischen Oppositionspartei HDP sind im Südosten der Türkei mindestens zwei Menschen verletzt worden. Die erste Detonation habe sich in Mersin, die zweite in Adana ereignet, berichtete die Nachrichtenagentur DHA. In beiden Gebäuden befinden sich Büros der Demokratischen Partei der Völker (HDP). Weitere Details waren zunächst nicht bekannt. Die Türkei befindet sich im Wahlkampf. Am 7. Juni hat die HDP gute Chancen, die Zehnprozenthürde zu überwinden.

SÜDAFRIKA

Regierung schiebt weiter arme Ausländer ab

Südafrikas Regierung will wegen ausländerfeindlicher Gewalt Hunderte Einwanderer abschieben. Die Festnahme von rund 1600 Ausländern trage zur Sicherheit des Landes bei, sagte der Generalsekretär der Regierungspartei Afrikanischer Nationalkongress ANC, Gwede Mantashe, wie die Zeitung „Mail & Guardian“ am Montag in ihrer Online-Ausgabe berichtete. In den vergangenen Wochen waren bei Übergriffen auf Einwanderer aus armen Nachbarländern mindestens sieben Menschen getötet und Hunderte ihrer Geschäfte niedergebrannt worden.